BDA AGENDA
SOZIALPARTNER ARBEITGEBER

STANDPUNKT

VON STEFFEN KAMPETER

Was ist die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe in Deutschland: die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Ohne wettbewerbsfähige Unternehmen gibt es keine guten Arbeitsplätze, keine Investitionen in den Strukturwandel unserer Wirtschaft, keine soliden Steuereinnahmen, keine nachhaltig finanzierten Sozialversicherungssysteme. Das ist nun wirklich kein neues Thema – für viele in der Politik scheint es aber nicht drängend zu sein.

Der Internationale Währungsfonds macht es amtlich: Deutschland hat die rote Laterne beim Wirtschaftswachstum. USA, China, Frankreich, Italien, Spanien - alle ziehen an uns vorbei. Wir sind nicht nur das Schlusslicht – wir sind die Einzigen, bei denen die Wirtschaft schrumpft.

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der Rückkehr der Inflation hat Arbeitgeberpräsident Dr. Rainer Dulger immer wieder darauf hingewiesen, was für Berlin und Brüssel gelten müsse: Eine neue Lage erfordert neue Maßnahmen. Die Geschäftsgrundlage des geschlossenen Koalitionsvertrages war entfallen.

Durch das Krisenjahr 2022 sind wir besser durchgekommen als erwartet. Aber die Entwicklung in diesem Jahr ist klar: Es geht nicht aufwärts, maximal seitwärts, für manche sogar abwärts – und viele Unternehmen haben ernste Sorgen. Die Investitionen im Inland werden abgesägt – die Baubranche ist nur ein Beispiel – und Geld wird im Ausland verdient und dort auch investiert. Berlin und Brüssel müssen jetzt endlich umsteuern und die strategische Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum ihrer Politik stellen.

Die Politik muss jetzt handeln, bevor es zu spät ist. Die Angebotsmängel und damit die Reformfelder sind offenkundig. Unterlassene Sozialreformen führen zu massiv steigenden Sozialversicherungsbeiträgen. Die Bürokratisierung von Entscheidungsprozessen fesselt uns.

Die Regeln des Arbeitsmarktes sind starr und orientieren sich an der

Vordigitalen-Welt. Die Demographie wird zur Wachstumsbremse – und bleibt dennoch politisch ignoriert. Es wird viel versprochen, was angesichts steigender Zinsen schlicht nicht mehr bezahlt werden kann. Die Wirtschaft wird nicht ermutigt – sie wird frustriert.

Die Schöder-Regierung hat erst bei 5 Millionen Arbeitslosen gehandelt und musste dafür einen hohen politischen Preis zahlen. Olaf Scholz dürfte die Zeit der Agenda 2010 noch besonders lebendig in Erinnerung sein – er war damals SPD-Generalsekretär. Die Regierung Scholz sollte aus der Vergangenheit lernen. Sie hat alle Möglichkeiten dazu – und sollte sie nutzen. Gleiches gilt für Europa. Die Umfragen verdeutlichen, dass europaweit Skepsis bezüglich der Europa-Politik vorherrscht. Doch Brüssel schafft es einfach nicht, durch klare, realistische und verständliche Wirtschaftspolitik die Menschen für die EU zu begeistern.

In den Unternehmen laufen die Anpassungen auf Hochtouren. Sie sind vor der Kurve. Sie können aber nicht endlos auf die Politik warten. Die Anpassungen gehen immer häufiger mit einer Entscheidung gegen den Standort Deutschland einher.

Wir wollen gute Arbeit in Deutschland halten. Dafür muss die Politik nun handeln!

Es grüßt Sie herzlich,

Ihr Steffen Kampeter
Hauptgeschäftsführer